

Die ersten hundert Tage der Regierung sind vorbei

von Ahmed Fazl

Am 1. Oktober waren die ersten hundert Tage der Mitte-Links Regierung von Bangladeshs neuer Premierministerin, Sheikh Hasina, vorüber. Und schon droht die Opposition, vor allem die 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP), die Verwaltung zu destabilisieren, während die islamischen Gruppen die ersten Anzeichen von der Rückkehr einer säkularen Politik in das Land mit einer überwältigenden moslemischen Mehrheit mit der Warnung vor einem "Heiligen Krieg" (Jihad) beantworten.

Der Grund für die überschäumende Wut in der BNP, die bei den Parlamentswahlen am 12. Juni ein wahres Debakel erlebte, war die Entscheidung der neuen Premierministerin, Korruptionsvorwürfe gegen die BNP-Regierung, die seit 1991 bis zu den letzten Wahlen an der Macht war, untersuchen zu lassen. Erste Ergebnisse des "Anti-Korruptionsbüros" führten zu detaillierten Anklagen gegen den Sohn der früheren Premierministerin, einen Industriemagnaten, und ihren Bruder. Sie sollen eine staatliche Bank mit falschen Papieren für ein Multi-Millionen Dollar Industriedarlehen betrogen haben. Die Behörden untersuchen auch angebliche Unregelmäßigkeiten beim Erwerb von Grundstücken durch Ex-Premierministerin Khaleda Zia. "Das ist ein Fall von politischer Vendetta der neuen Regierung," meint Abdul Mannan Bhuiyan, der Generalsekretär der BNP und Mitglied von Frau Zias ehemaligem Kabinett. "Die herrschende 'Awami League' betreibt gerade eine schamlose Verunglimpfung ihrer politischen Opponenten."

Es ist noch zu früh, die politischen Früchte der Anti-Korruptions-Kampagne auszumachen in einem Land, in dem die Menschen sich an Meldungen über Finanzskandale gewöhnt haben, in die hohe Beamte verwickelt sind. Beobachter glauben allerdings, daß das Image der BNP durch die strafrechtlichen Verfolgungen angekratzt wurde. Obschon die Partei die Anklagen gegen Frau Zias engste Familienmitglieder nach außen tapfer getragen hat, ist sie im Innern durch Kämpfe geschüttelt. Majudul Huq, führendes Mitglied und einer der Architekten der erst Ende der 70er Jahre gegründeten Partei, ist kürzlich als Mitglied ihres obersten Gremiums zurückgetreten. Huq, ein pensionierter General, der in Frau Zias früherer Regierung dem mit viel Geld ausgestatteten Ministerium für Landwirtschaft, Bewässerung und Hochwasserkontrolle vorstand, war

nach schweren Vorwürfen von Parteikollegen wegen Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Aufträgen für Dammbauten und Bewässerungssysteme unter Verdacht geraten.

Sheikh Hasina, die neue Premierministerin und Tochter des Staatsgründers und ersten Präsidenten Sheikh Mujibur Rahman, sagte, die Rückkehr ihrer 'Awami League' an die Macht nach 21 Jahren habe das Verlangen des Volkes nach mehr Transparenz und einem Ende des autokratischen Regimes mit Korruption und Vetterwirtschaft signalisiert. "Ich werde nicht in die Aktivitäten des Anti-Korruptions-Büros eingreifen," erklärte sie auf einer Pressekonferenz.

Wird Politik wieder auf die Straße verlagert?

Die BNP, die die Ergebnisse der Wahlen vom 12. Juni bisher nicht offiziell anerkannt hat, erklärte, daß sie gegen die Korruptionsvorwürfe auf dem Rechtswege ihre Unschuld beweisen wolle. Gleichzeitig gibt es jedoch Anzeichen dafür, daß sie sich angesichts eines langwierigen Rechtsstreits lieber für die Option entscheidet, die Auseinandersetzung mit ihrem Rivalen auf den Straßen von Dhaka auszutragen. Die Partei hat bereits Demonstrationen im ganzen Land geplant, um ihre Organisationsstruktur wieder in Gang zu setzen, die durch die Niederlage bei den Parlamentswahlen und das trübe Bild bei den Nachwahlen am 5. September schwer erschüttert wurde. Die regierende 'Awami League' hat nunmehr 177 Abgeordnete im 330 Sitze umfassenden Parlament, die BNP ist mit 113 Sitzen die größte Oppositionspartei. Um eine effektive Kampagne gegen die Regierung außerhalb des Parlaments zu starten, sucht die BNP nach Alliierten. Aber die Suche nach politischen Weggefährten, um mehr Dampf in die Straßenagitation zu bringen, könnte sich als schwierig herausstellen, da die BNP während ihrer Regierungszeit zu viele liberale politische Gruppierungen verärgert hat, die potentielle Partner in der heutigen veränderten Landschaft sein könnten.

Einigung mit Islamisten?

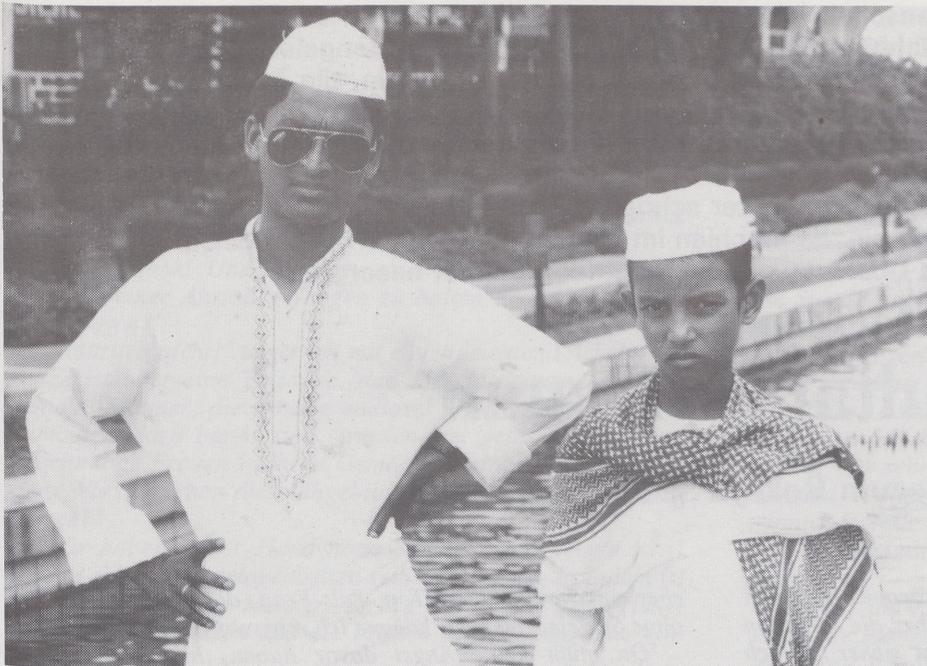
Einige Beobachter sehen für die BNP keine andere Option, als daß sie sich mit den islamistischen Gruppen verbündet, die den politischen Spieß umdrehen und Bangladesh auf den Pfad eines islami-

schen Staates zurückführen möchten. Etliche Angehörige des rechten Flügels in der BNP sind nur zu versessen darauf, den Einfluß der Liberalen innerhalb der Partei durch Einnahme einer pro-islamischen Haltung und durch eine Annäherung an die 'Jamaat-e-Islami' und andere isolierte, aber radikalere islamische Außensteiter zu reduzieren.

Die 'Jatiyo'-Partei des ehemaligen Präsidenten H.M. Ershad, die drittgrößte Gruppe nach der 'Awami League' und der BNP, sitzt zwar in der Opposition, unterstützt aber die Regierung. Eines ihrer führenden Mitglieder und Generalsekretär der Partei, Anwar Hussain Manju, ist Mitglied des Regierungskabinetts. Die 'Awami League' hat auch in anderen linken Gruppen Unterstützung für ihre "Regierung der nationalen Einheit" gewonnen, wodurch die BNP praktisch isoliert wurde.

Die aktuellen Vorwürfe gegen die 'Awami League' betreffen auch das, was von der BNP als Bewegung weg von der Islamisierung des Ausbildungssystems der Grund- und Oberschulen bezeichnet wird. Die Regierung weist solche Vorwürfe heftig von sich und bekräftigt, sie habe weder eine Kürzung des religiösen Unterrichts verfügt noch gebe es Pläne, die religiöse Erziehung ganz aus den Lehrplänen zu streichen. Sheikh Hasina machte jedoch deutlich, daß alle religiösen Gemeinschaften in Bangladesh gleichberechtigt seien.

Erst kürzlich verbot das Innenministerium ein Treffen einer fragwürdigen islamisch-orthodoxen Gruppierung in Dhaka, die das Koranrecht, eine Beschränkung des westlichen Bankensystems sowie die "Purdah"-Verpflichtung (Verschleierung) aller Frauen fordert. Nach Polizeiangaben gab es Informationen über Pläne der radikalen Aktivisten, nach der Versammlung Banken zu überfallen und in den Straßen zu randalieren. Die 'Jamaat-e-Islami' nahm dieses Verbot zum Anlaß, gegen die Regierung Stimmung zu machen mit der Behauptung, die Regierung wolle wieder eine Säkularisierung des Staates wie zu Beginn der 70er Jahre erreichen. Eine Gruppe radikaler moslemischer Offiziere hatte damals Präsident Mujibur Rahman ermordet und auch die säkularen Hoffnungen für Bangladesh unter ihren Panzerketten zermalmt. Mindestens drei der damaligen Mörder wurden im August diesen Jahres verhaftet und stehen derzeit unter Anklage (siehe dazu den Meldungsbeitrag).



Bisher herrschte in Bangladesh die "liberale" Variante des Islam vor (Foto: Walter Keller)

Kritik auch von der anderen Seite

Unterdessen werfen die liberalen intellektuellen Kreise in Bangladesh der 'Awami League'-Regierung vor, daß sie ihre säkularen Ideen verwässert habe, um der Kritik der islamistischen Parteien zu entgehen. Als Beweis dafür wird die Pilgerreise von Sheikh Hasina nach Mekka kurz nach ihrer Amtsübernahme und die Tatsache gesehen, daß die 49jährige Premierministerin seitdem bei öffentlichen Anlässen islamische Kleidung trägt. Ihre männlichen Kollegen ziehen ihre Gebetskappen an und tragen Westen wie Mujibur Rahman. "Es ist ein Mix aus Säkularismus und liberalem Islam", kommentiert ein Kolumnist in einer linksgerichteten Bengalzeitung. Kritischere Stimmen werfen der 'Awami League' vor, sie habe sowohl Säkularismus wie auch Sozialismus aufgegeben, um nach 21 Jahren in der politischen Wüste wieder an die Macht zu kommen.

Ganz offensichtlich war es nicht einfach, die Ideen der alten Kämpen in der seit 45 Jahren existierenden Partei, die entstand, als Bangladesh noch unter der Herrschaft Pakistans stand, zu verändern. In langen Jahren der Unterdrückung durch die Militärregierung Pakistans und für über 25 Jahre ins politische Abseits gezwungen, hat die 'Awami League' die Kunst des Überlebens in einer unbeständigen Umgebung gelernt.

"Für politische Veränderungen mußten alte Ideen zugunsten von neuen Strategien geopfert werden, die an die vorherrschende Situation und die bestehende Realität angepaßt sind," meint Finanzminister Shah. Für die alte Garde in der Partei waren die politischen Verände-

rungen jedoch qualvoll. Viele konnten sie nicht nachvollziehen und haben sich völlig zurückgezogen oder beteiligen sich nicht mehr aktiv am Parteileben. Unter den Kollegen von Sheikh Mujib, die trotz der Veränderungen nicht aus der Partei ausgetreten sind, befindet sich der 70jährige Abdus Samao Azad, der jetzt Außenminister ist. Azad war einst überzeugter Sozialist, heute ist er Anwalt einer freien Marktwirtschaft und hat die Wirtschaftsreformen in der Partei mitvollzogen.

Ende der alten sozialistischen Politik

Frau Hasina ist das politische Risiko der Reorganisation ihrer Partei eingegangen trotz der Gefahr, Partei-Aktivisten zu verlieren. Sie war überzeugt, daß die 'Awami League' als politische Kraft nur gewinnen könne, wenn sie ihre alte sozialistische Politik abstreift und sich die neuen kapitalistischen Ideen des freien Marktes und der liberalen Reformen zu eigen macht. Es ist der Partei gelungen, die Weltbank, Hauptquelle des Landes für günstige Kredite sowie westliche Gebergemeinschaft davon zu überzeugen, daß sie für eine Privatisierung der defizitären Staatsbetriebe eintrete und Schlüsselbereiche wie die Elektrizitätswerke, Telekommunikation, Bahntransporte und die Exploration natürlicher Gasfelder für private Investoren öffnen werde.

In den letzten drei Monaten hat die Regierung sowohl japanischen als auch südkoreanischen Investoren erlaubt, ihre eigenen exklusiven Produktionsstätten in Bangladesh aufzubauen als auch finanzielle Barrieren gegenüber ausländischen Investitionen beseitigt und Vermögens-

steuern reduziert. Die heimischen Aktienmärkte boomen und kleine Investoren überschwemmen täglich den Handelsmarkt in der flügel gewordenen Börse von Dhaka.

Aber auch der Druck der Gewerkschaften gegen die von der Regierung geplante Privatisierung des defizitären Jute- und Textilsektors wächst. Diese öffentlich verwalteten Industrien kosten den Staat jährlich mehrere Hundert Millionen Dollar. Versuche der Regierung, diese Situation zu verändern, stoßen auf heftigen Widerstand. Ein Indikator dafür, daß Bangladeshs ökonomische Sorgen wahrscheinlich bleiben werden, genauso, wie die politische Instabilität.

(Übersetzung Bruni Weißen)

Zweite europäische Konferenz zum 'Flood Action Plan'

Im Mai 1993 fand im Europaparlament in Straßburg eine europäische Konferenz zum 'Flood Action Plan' (FAP) in Bangladesh statt. Das Projekt unter der Federführung der Weltbank, sah ursprünglich den Bau umfangreicher Dämme entlang der wichtigsten Flüsse des Landes vor und führte zu einer internationalen Kontroverse. Die Straßburger Konferenz bot sowohl Kritikern wie auch Befürwortern die Möglichkeit zum Meinungsaustausch. Hierbei wurden die wichtigsten Vertreter ermuntert, ihre Positionen nochmals zu überdenken. In einer Resolution des Europaparlaments vom 24. Juni 1993 wurde ergänzend gefordert, kurzfristig keine wesentlichen Baumaßnahmen zum Wassermanagement im ländlichen Raum zu beginnen. In den drei Folgejahren wurde die Kontroverse um die Planung nicht beigelegt. So kam es zu großen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Geberorganisationen und der Regierung Bangladeshs, nachdem die Koordinationsstelle des FAP, die 'Flood Action Plan Co-ordination Organisation' ihre verschiedenen Versionen eines Planentwurfs für die erste Projektphase vorlegte. Jetzt wird vom 5. bis 7. Dezember 1996 eine Folgekonferenz im Europaparlament in Straßburg stattfinden, um über den aktuellen Stand der Planungen zu debattieren (weitere Informationen über das Südasienbüro oder über Die Grünen im Eur. Parlament, Sabine Meyer, Equipe 3/4 Monde, MON 353, B-1047 Brüssel, Tel. 0032-2-2843353, FAX: 2849140).